



Verein der Hazrat

**FATIMA ZEHRA  
MOSCHEE e.V.**

Linkstrasse 77  
65933 Frankfurt am Main  
Tel.: 069 / 430 47 63  
Fax: 069 / 43 57 05

Vereinsregister 73 VR 10069  
Frankfurt am Main

Bankverbindung:  
Commerzbank Frankfurt am Main  
BLZ: 500 400 00  
Konto-Nr.: 779 00 58

### **Pressemitteilung und Stellungnahme**

#### **Die Hazrat Fatima Moschee, ihr Generalsekretär Ünal Kaymakci und ihr Imam Scheich Sabahattin Türkyilmaz verurteilen die gegen sie gerichtete Hetzkampagne des Landesmagazins „defacto“ des Hessen Fernsehens mit dem eigentlichen Ziel den Islamischen Religionsunterricht zu torpedieren**

Das Landesmagazin „defacto“ des hessischen Rundfunks betreibt aktuell eine Hetzkampagne gegen die Hazrat Fatima Moschee, ihren Generalsekretär Ünal Kaymakci und den Imam der Gemeinde Herrn Scheich Sabahattin Türkyilmaz. Die jüngst losgetretene Schmutzkampagne des umstrittenen Magazins hat offenkundig das Ziel das wichtige Projekt des Islamischen Religionsunterrichts der hessischen Landesregierung zu torpedieren. Durch ihre manipulative und tendenziöse Berichterstattung versucht sie dieses verfassungsrechtlich gebotene und wichtige Projekt der Landesregierung zur weiteren Integration der Muslime in Verruf zu bringen, indem sie verschiedene Mitglieder am „Runden Tisch“ zum Islamischen Religionsunterricht schwer zu belasten versucht und sie als extremistische „Islamisten“ verleumdet. Als Hauptopfer dieser durchsichtigen Kampagne soll dafür der Generalsekretär unserer Gemeinde herhalten, der bereits in der zweiten Sendung innerhalb eines Monats angegriffen wird. Als „Kronzeuge“ für die Schmutz- und Hetzkampagne wird passend der offen islamophobe und regelmäßig gegenüber der islamischen Religion und ihren Organisationen hetzende, umstrittene Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer von „defacto“ eingebunden, der ein ausgesprochener Gegner des verfassungsrechtlich gebotenen Islamischen Religionsunterrichts ist.

Vor diesem Hintergrund versuchen die Redakteure von „defacto“ in ihren Sendungen vom 17. Januar und 7. Februar 2010 die Tatsachen und Fakten über den Generalsekretär der Hazrat Fatima Moschee bewusst und gezielt zu verdrehen und somit die Öffentlichkeit zu manipulieren. In der ersten Sendung versuchten die Redakteure eine Demontage unseres Generalsekretärs über seine Vorstandsfunktion bei der IRH-Islamische Religionsgemeinschaft Hessen zu erreichen. Nachdem Herr Kaymakci eine Beschwerde beim Rundfunkrat einreichte und der erste Versuch nicht verfiel, muss erfolgte nun eine zweite Hasssendung mit Belastungen unseres Imams Herrn Sabahattin Türkyilmaz. Mit dieser neuen Verleumdungskampagne will „defacto“ den verdienten Ruf unserer Moscheegemeinde und der IRH - Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen, dessen stellvertretender Vorsitzender Herr Kaymakci ist, in der Öffentlichkeit und in politischen, gesellschaftlichen und religiösen Kreisen beschädigen und über diese Verleumdung insbesondere die positiven Entwicklungen im Bereich der Integration der Muslime sowie des islamischen Religionsunterrichts in Hessen torpedieren. Diese Haltung einer öffentlich – rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt ist verantwortungslos und ein Missbrauch ihrer Kompetenzen. Die Verdrehung der Tatsachen und die Verleumdung haben mit der Pressefreiheit nichts zu tun.

Zu den konkreten Vorwürfen in den beiden Sendungen wie folgt Stellung genommen:

In der Sendung vom 17.01.2010 erfolgte ein Beitrag mit dem Titel: „Großprojekt Religionsunterricht - Warum die Landesregierung die islamischen Diskussionsteilnehmer lange Zeit geheim hielt“. Darin wurde unter anderem der Generalsekretär unserer Gemeinde als extremistischer und fundamentalistischer Islamist dargestellt. In dem Beitrag wurde wissentlich unterschlagen, dass die IRH und das Land Hessen am 29. Mai 2006 vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden bezüglich der vorherigen Aufnahme der IRH in den hessischen Verfassungsschutzbericht einen Vergleich schloss, wonach das Land Hessen die IRH nicht mehr in den Verfassungsschutzbericht aufnehmen dürfe.

Es wurden Ausschnitte von Kundgebungen von der islamisch-sunnitischen Organisation IGMG wiedergegeben und Herr Ünal Kaymakci wissentlich falsch als deren Sprachrohr dargestellt.

Nachdem dies nicht verfiel, musste derselbe nun in der zweiten Sendung vom 07. Februar 2010 plötzlich als Sprachrohr des schiitischen-iranischen Staates herhalten. Wegen der Teilnahme des hohen Würdenträgers

Ayatullah Dr. Reza Ramazani bei der Grundsteinlegung am 13. Juni 2009, der der Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg ist, wird eine künstliche organische Verbindung und Abhängigkeit konstruiert, die hiermit ausdrücklich zurückgewiesen wird. In der schiitischen Tradition und Gelehrsamkeit wird „Ayatullah“ als Ehrentitel für die hohen Würdenträger verwendet. Für unsere Gemeinde war es eine Selbstverständlichkeit den in Deutschland beheimateten Ayatullah Herrn Dr. Ramazani als Ehrengast bei der Grundsteinlegung zu haben und seine religiösen Segensgebete für den Bau der Moschee zu erhalten. Es ist eine Verhöhnung eines hohen islamischen Würdenträgers durch „defacto“ ihn in ein zwielichtiges Bild zu setzen.

In dieser zweiten Sendung wird ferner höchst manipulativ unser neuer Imam Herr Scheich Sabahattin Türkyilmaz verunglimpft und angegriffen, mit dem Ziel den Generalsekretär Herr Kaymakci ebenfalls in ein zwielichtiges Licht zu bringen, um schließlich dem Projekt des Islamischen Religionsunterrichts zu schaden. Dabei wurden Bilder von zwei verschiedenen Demonstrationen gezeigt. Die ersten Bilder vom August 2006 stellen nicht, wie fälschlich behauptet Bilder einer Al-Quds-Demonstration (Quds = Jerusalem) zur Solidarität mit der leidenden Bevölkerung in Palästina dar. Gemäß unseren Recherchen fand die Al-Quds-Demonstration in Berlin im Jahr 2006 am 21.10.2006 statt und nicht im August. Vielmehr handelt es sich hierbei um eine kurzfristig anberaumte Demonstration gegen den damaligen völkerrechtswidrigen Krieg Israels im Sommer 2006 gegen Libanon, was auch aus den gezeigten Libanonfahnen deutlich wird. Unser Imam ist dabei nicht, wie fälschlich im Beitrag dargestellt, einer der führenden Akteure, sondern lediglich ein Mitläufer in der Menge der Demonstrierenden. Er beteiligt sich eindeutig nicht an den zurückzuweisenden Ausfällen einiger Demonstranten. Da er die Demonstrationen nicht organisierte, hatte er auf diese Ausfälle keinen Einfluss. Es kann selbstverständlich einem einfachen Teilnehmer an einer Demonstration nicht zur Last gelegt werden, wenn Mitdemonstranten bedenkliche Äußerungen tätigen. Im Gegenteil ist die besonnene Zurückhaltung des Imams in einer aufgrund von kriegerischen Opfern aufgereizten Stimmung unter den hauptsächlich libanesischen Demonstranten augenfällig.

Anders als im Beitrag gezeigt, wurde unser Imam nicht nervös als er die Kamera entdeckte, sondern grüßte freundlich in die Kamera und bat freundlich um Unterbindung der Aufnahme, weil er ihren Verwendungszweck nicht kannte. Die manipulierte Verwendung in der Sendung „defacto“ am 07.02.2010 hat seiner damaligen Skepsis Recht gegeben.

Weiterhin wird ein zweites Video gezeigt, von einer Demonstration im Jahre 2001. Der Imam wird dabei manipulativ als „Einpeitscher“ am Megaphon dargestellt. Es wird bewusst fälschlich behauptet, dass der Imam sich zur politischen Partei der libanesischen Hizbullah bekenne. Die bewusste verkürzte Darstellung entspricht den üblichen Methoden von „defacto“. Im Video werden eindeutig klassische schiitische Prozessionsrufe getätigt, die sich auf Aba Abdullah (Beiname des Prophetenknells Imam Hussain) beziehen, zu dessen Gemeinschaft („Ummah“) der „Anhang Gottes“, sich die Schiiten unter Bezugnahme auf einen Koranvers seit 1.400 Jahren in Abgrenzung zum „Anhang des Satans“ verbunden fühlen. Es gehört zur schiitischen Klage- und Trauerkultur, dass man sich wie in den Bildern gezeigt, dabei symbolisch als Zeichen des Leides auf die Brust schlägt.

Im übrigen, halten wir eine Mitdemonstration bei der Al-Quds Demonstration mit dem Ziel der Solidaritätsbekundung mit leidenden Palästinensern und für Frieden im Nahen Osten bei Einhaltung der deutschen Rechtsordnung für verfassungsrechtlich nicht anstößig. Für Muslime können keine anderen Maßstäbe gelten als für andere Menschen in unserer Gesellschaft, gerade wenn es um kontrovers diskutierte Fragen in unserem Land geht.

Die Redakteure von „defacto“ brauchen insoweit nicht nach Berlin zu verweisen. Im Januar 2009 wurden in Frankfurt am Main zwei Demonstrationen gegen das Töten von unschuldigen Menschen und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza organisiert. Anmelder und Hauptorganisator beider Demonstrationen mit jeweils bis zu 10.000 Demonstranten war unser Generalsekretär Ünal Kaymakci, in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der IRH. In den von der Polizei Frankfurt ausdrücklich wegen ihrer Ordnung und Rechtstreue gelobten Veranstaltungen haben wir im Rahmen der verfassungsrechtlich verbrieften Meinungsfreiheit den Angriffskrieg Israels auf Schärfste verurteilt und zu einer Rückkehr zum Frieden aufgerufen. Ferner haben wir das Schweigen vieler politischer und gesellschaftlicher Akteure in unserer Gesellschaft kritisiert. Entscheidend ist ferner, dass wir uns gleichzeitig ausdrücklich für das Recht der Menschen in Israel und Palästina auf Sicherheit im Rahmen einer friedlicher Koexistenz ausgesprochen haben. Für diese Position stehen unsere Gemeinde und unser Imam weiterhin und werden auch weiterhin dafür eintreten und bei ihrer Verletzung auch in Zukunft protestieren.

Unsere Position hat unser Generalsekretär auch bei einem intensiven Gespräch mit dem Zentralrat der Juden im vergangenen Jahr deutlich gemacht und sind seitdem in einem kritischen aber höflichen Dialog miteinander.

Die übrigen Beiträge versuchen weiterhin den Imam als integrations- und demokratiefeindlich darzustellen. Diese Vorwürfe werden entschieden zurückgewiesen. Herr Türkyilmaz ruft nachweislich in seinen gesammelten auf Deutsch gehaltenen transparenten Freitagspredigten regelmäßig zur Integration der Muslime in Deutschland auf und mahnt ausdrücklich mit genuin islamischen Argumenten zur Achtung und Einhaltung der deutschen Rechtsordnung und Verfassung. So hat er nach seiner Tätigkeit in unserer Moschee entscheidend an der Ausarbeitung eines Konzeptes für ein Begegnungszentrum in der Moschee gewirkt. Die Integrationsarbeit eines Moschee-Imams ist auch abhängig von der Gemeinde und seinem Vorstand. In unserer Gemeinde hat er entsprechende Kapazitäten zur Seite, die gemeinsam mit ihm ein vorbildliches Integrationsprojekt verwirklichen wollen.

Nach dem plötzlichen Tod unseres bisherigen Imams Herrn Hamza Göleli im Jahre 2007 war unsere Gemeinde auf der Suche nach einem Imam aus Deutschland, der die deutsche Sprache beherrscht und die Situation der Gemeindeglieder in unserem Land kennt. Damit sind wir auch einer oft in Deutschland ausgesprochenen Forderung gegenüber Moscheegemeinden nachgekommen. Der Zugang eines Imams aus der Türkei kam für uns aufgrund der intensiven Dialog- und Integrationsarbeit unserer Gemeinde nicht in Betracht. Wir sind sehr glücklich darüber in Herrn Sabahattin Türkyilmaz einen Imam gefunden zu haben, der uns in unserer Dialog- und Integrationsarbeit mit allen Kräften leitet und unterstützt.

Wegen der Wichtigkeit des Vorhabens der Landesregierung und des Paradigmenwechsels in der hessischen Politik in der Integrationspolitik halten wir die Beiträge von „defacto“ für sehr schädlich. Die Einrichtung des Runden Tisches zum Islamischen Religionsunterrichts ist ein Meilenstein in der hessischen Integrationspolitik und von Bedeutung für die Gesamtgesellschaft. Die Bemühungen hierzu und die Beziehungen der islamischen Organisationen zur Landesregierung dürfen nicht durch tendenziösen Journalismus untergraben werden. Seit Jahren trägt die Sendung „defacto“ durch unsachgemäße Darstellungen zu einem falschen Bild der Muslime in der Wahrnehmung unserer Gesellschaft bei und schürt die Spaltung bzw. Polarisierung unserer Gesellschaft. Diese Haltung von Redakteuren einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt ist verantwortungslos und ein Missbrauch ihrer Kompetenzen.

Die Beiträge von „defacto“ sind empörend und nicht mit den Grundsätzen des objektiven Journalismus vereinbar. Dem Zuschauer wird suggeriert durch Mitteln des investigativen Journalismus einen bedenklichen Zustand bei dem Vorhaben der Landesregierung aufgedeckt zu haben. Dabei wird bei genauer Betrachtung deutlich, dass es sich schlicht um schlechten und boshaften Journalismus handelt, der die Kompetenzen eines öffentlich-rechtlichen Senders missbraucht. Der Inhalt des Beitrages ist verzerrt und mit einer von vornherein verfolgten Zielrichtung konstruiert.

Wir sind - auch gegenüber der Presse und den Medien- transparent und offen für kritische Auseinandersetzung. Wir haben keinen Einwand gegen sachlich – kritische Berichterstattung der Presse und Medien, erwarten aber ihren fairen und sachgemäßen Umgang mit Muslimen und ihren Organisationen. Deshalb rufen wir die Leitung des Hessen Fernsehens und den Rundfunkrat auf, diesem Missbrauch öffentlich-rechtlicher Kompetenzen und dieser Hetzkampagne des Landesmagazins „defacto“ ein Ende zu setzen.

Der hessische Gesetzgeber hat leider bis heute nicht den unbefriedigenden Zustand, dass der Rundfunkrat des hr entgegen der gesetzlichen Intention alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen zu berücksichtigen, keine Vertretung der Muslime aufweist, nicht behoben, obschon die Muslime einen größeren und wichtigen Bevölkerungsanteil in Hessen ausmachen. Der vorliegende Fall zeigt, dass der hessische Gesetzgeber gefragt ist, eine Lösung für diesen Mangel in der Repräsentativität zu beseitigen. Die bestehenden Mitglieder des Rundfunkrates sind gefordert mit diesem Mangel vor Augen auch die Fragen und Sorgen der Muslime bei all ihren Erwägungen und Entscheidungen zu berücksichtigen und ihre Kontrollfunktion auszuüben.

Frankfurt am Main, den 9. Februar 2010

Ünal Kaymakci  
(Generalsekretär)

Sabahattin Türkyilmaz  
(Imam)